

**HESSISCHER LANDTAG**

26.05.2009

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen***Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses****Drucksache 18/409 zu Drucksache 18/281**Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Produktnummer lt. Leistungsplan 42 (neu)

Bezeichnung lt. Leistungsplan Hessisches Sozialbudget

	von	Veränderung um	auf
<u>Leistungsplan:</u>			
Menge		+6	6
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten		+15.000,0	15.000,0

Sonstige Veränderungen:

Produktblatt zu Förderprodukt Nr. 37: Hessisches Sozialbudget

- 1.) Hessisches Sozialministerium
- 2.) Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz
- 3.) Sozialberichterstattung, Erstellung eines hessischen Armuts- und Reichtumsberichts, Zuschüsse an kommunale und freie Träger für Betriebs- und Personalkosten zum Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in Hessen, Mitfinanzierung von Beratungsleistungen und Präventionsmaßnahmen für alle Bevölkerungsgruppen, Programme für Geschlechtergerechtigkeit, Modellprojekte zur Verbesserung der sozialen Versorgung in Hessen und Projekte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- 4.) Fachziel Nr. 5
- 5.) Personen in gefährdeten Lagen; Öffentlichkeit
- 6.) Anzahl der Maßnahmen: 6
- 10.3) Verringerung der Anzahl der Personen in gefährdeten Lagen
- 10.4) Durchschnittliche Verwaltungskosten pro Bewilligung (100 €)

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**Begründung des Änderungsantrags:**

Hessen braucht wieder eine gestaltende Sozialpolitik. Durch die Operation „düstere Zukunft“ sind Strukturen zerschlagen und Hilfsangebote abgebaut worden. Sozialverbände und Kommunen sind mit „Reparaturbetrieb“ vollauf beschäftigt. Prävention fällt hinten runter. Hier muss das Land einspringen und präventive Angebote initiieren.

Außerdem sind Modellprojekte für besonders gefährdete Stadtteile notwendig. Gerade hier sind die negativen Auswirkungen der Operation „düstere Zukunft“ besonders gravierend.
Im Jahre 2003 wurden 30 Millionen € gestrichen. Für einen Wiedereinstieg in das Sozialbudget zum 1.7.2009 werden 15 Mio. € ausgebracht.

Wiesbaden, 26.05.2009

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende
Thorsten Schäfer-Gümbel